

Resolution

vorgelegt von den Delegierten der
PtK Hessen

verabschiedet auf dem 13. DPT



13. Deutscher Psychotherapeutentag
15. November 2008 in Leipzig

BKA-Gesetz

Psychisch kranke Menschen brauchen absoluten Vertrauensschutz!

Das Gesetz zur Abwehr des internationalen Terrorismus (BKA-Gesetz) zementiert den Unterschied zwischen Berufsgeheimnisträgern 1. und 2. Klasse.

Während Kontakte zu Abgeordneten, Strafverteidigern und Seelsorgern vollständig geschützt bleiben, können staatliche Institutionen im Verdachtsfall in die Vertrauensbeziehung zwischen Patienten und Ärzten sowie Psychotherapeuten eindringen. Damit werden therapeutische Berufe bei ihrer Tätigkeit unter Generalverdacht gestellt.

Der Deutsche Psychotherapeutentag stellt fest: Das ist nicht hinnehmbar!

Abgeordnete und Strafverteidiger werden aus rechtlichen Gründen davon ausgenommen, Seelsorger, weil niemand es wagt, traditionelle Institutionen in Zweifel zu ziehen. Dagegen wird mit dem möglichen Eingriff in die ärztliche und besonders in die psychotherapeutische Behandlungsbeziehung schwerwiegender Schaden in Kauf genommen.

Das Gesetz in der vorliegenden Form ist ein Angriff auf das in jeder therapeutischen Beziehung absolut notwendige Vertrauen, das alle therapeutischen Berufe ethisch verpflichtet sind zu schützen.

Begründung

Das vorgestern verabschiedete BKA-Gesetz ist skandalös für die psychotherapeutischen Berufe. Es greift als „Generalverdacht“ zutiefst in die psychotherapeutische Handlungsbeziehung ein. Dieses Gesetz folgt der Logik der in den letzten Jahren zu beobachtenden Gesetzesentwicklung.

Das Gesetz ist trotz deutlicher Proteste von Ärzten und anderen Berufen, die davon betroffen sind, verabschiedet worden. Wir sollten uns schärfstens dagegen aussprechen zum Schutze unserer Patienten, weil hauptsächlich durch die Ausweitung der Telematik im Gesundheitswesen besondere Vorsicht geboten ist.

Die Wortwahl der Resolution lehnt sich an eine Presseerklärung des Verbands der freien Berufe an, der die Proteste freier Berufe bündelt und auf Bundesebene artikuliert.

Wie Sie gestern aus der Presse entnehmen konnten, werden sich einige Bundesländer im Bundesrat gegen dieses Gesetzesvorhaben aussprechen. Wir dürfen nichts unversucht lassen, Einfluss zu nehmen. Die Resolution ist auf Außenwirkung hin angelegt.